

Ein Plädoyer für die Irritation

Die Redaktionen der Berliner Zeitung und der Berliner Zeitung am Wochenende debattieren seit geraumer Zeit, ob gendersensible Sprache der richtige Weg ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter hervorzuheben. Bislang wenden unsere Autorinnen und Autoren die Mittel der Gendersprache nur in bestimmten Fällen an. Sollte der Berliner Verlag seine Sprachregelung reformieren und generell gendergerechter schreiben? Letzte Woche hat Ingo Meyer, Korrektor beim Berliner Verlag, ein Plädoyer gegen gendersensible Sprache verfasst (BLZ am Wochenende vom 15. Mai). Hier finden Sie die Antwort von Antonia Groß, Volontärin bei der Berliner Zeitung, die für den Einsatz von gendersensibler Sprache plädiert. In den nächsten Wochen diskutieren unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Gesprächsrunden über den weiteren Weg des Berliner Verlags und stimmen über die Verwendung von gendersensibler Sprache demokratisch ab. Über das Ergebnis informieren wir Sie natürlich in aller Form.

Schreiben Sie uns gerne Ihre Meinung zum Thema Gendern; wir drucken eine repräsentative Auswahl der Zuschriften auf einer Leserinnen- und Leserbriefseite in den nächsten Wochen ab. E-Mails bitte an: briefe@berliner-zeitung.de

Es klingt doch nach einer guten Nachricht: Die Tage des Männlichen als menschlicher Norm und gesellschaftlichen Bezugspunkts sind gezählt. Die Frage, wie wir das deutsche Sprachgerüst von den rostigen Stellen seiner patriarchalen Überreste, sprich vom generischen Maskulinum, befreien können, hat es aus der queerfeministischen Bewegung und Linguistik über die wissenschaftlichen Betriebe und Verwaltungen mancher Städte wie Kiel, Lübeck und Hannover bis in die großen Medien geschafft. Bei der taz tun sie es längst, Deutschlandfunk Nova tut es, die ARD erlaubt's: das „Gendern“.

Mit der gesprochenen Lücke, dem kurzen Innehalten zwischen der männlichen und weiblichen Endung, markieren inzwischen selbst Anne Will oder Claus Kleber die Varianz der Geschlechter. Und auch das Publikum besteht in einer wachsenden Zahl von Medien nicht mehr länger nur aus Zuschauern und Lesern, sondern aus Zuschauer:innen oder Leser*innen, aus Zuhörer_innen und Betrachtenden.

Gendersensible Schreib- und Sprechweisen verdrängen die männliche Hoheit über die Semantik des Genus, des grammatikalischen Geschlechts. Das „Gendern“, wie es oft falsch verkürzt genannt wird, erobert den Sprachraum. So viel ist klar: Ob wir das generische Maskulinum oder das Femininum verwenden, ob wir mit Willkür mal die einen, mal die anderen nennen, ob wir uns beste Mühe geben, alle Geschlechtervarianzen abzubilden – „gendern“ tun wir immer. Nur eben traditionell rein männlich.

Die phonetische Lücke ist sprachlicher Ausdruck des Widerstands gegen diese alte Ordnung. Das Sternchen „*“ – der Asterisk – wiederum symbolisiert die vielen Wege, auf denen sich Menschen außerhalb des Mann-Frau-Schemas bewegen. Es soll und will den Lesefluss brechen, zum Stocken bringen, es will irritieren, auch ästhetisch. Der Bruch im Schriftbild provoziert eine Denkpause, macht sichtbar, was dem Männlichen und Weiblichen entgleitet: intergeschlechtliche und trans Personen, nichtbinäre und a-geschlechtliche Menschen sowie weitere Kategorien von Geschlecht, die fluide sind und sich der Zuordnung entziehen.

Der Doppelpunkt hat das Sternchen in den vergangenen Jahren teils ersetzt – mit dem Argument, er sei für Leseprogramme blinder Personen die kleinere Barriere. Manche halten den Doppelpunkt für visuell weniger störend – andere stört er nicht genug. Die Diskussion läuft.

In ihren Varianten ist die gendersensible Sprache ein Instrument auf der Suche nach Antworten. Immer mehr Medien bekennen sich zum journalistischen Anspruch, Realitäten gendersensibel zu beschreiben, gerechter zu werden. Fragen danach, wie sich Diskriminierung durch Unsichtbarkeit in der Sprache beseitigen lässt. Der

Journalistinnenbund stellt auf genderleicht.de Tipps und Formulierungshilfen, Argumente und Checklisten zur Verfügung.

Doch die Debatte kocht auch wie kaum eine andere. Es geht dabei um die ganz großen Themen. Um Deutungshoheit, Privilegien, Traditionen, Sichtbarkeit, Identifikation. Und, ja, es geht auch um Identitäten. Das ist zwar erst mal eine gute Nachricht. Denn so etwas heißt Streit, und Streit bewegt. Kann bewegen.

Denn da sind ja auch die schlechten Nachrichten. Sie manifestieren sich in den schnaubenden Stimmen derer, die die produktive Debatte bremsen wollen. Sie rufen: Die Gendersprache „diskriminiere“, sei „männerfeindlich“, „unzumutbar“. Es sind die, die das „wie“ verhindern wollen, indem sie laut das „ob“ infrage stellen. Die Folge: Was „Gender-Debatte“ genannt wird, hat sich zu einer monströsen Schein-Debatte aufgebläht.

Für die einen mag es etwas Ungewohntes sein: die Verwirrung, die ein Sternchen im Textfluss stiftet, erfüllt da offenbar ihren Zweck. Manche:r mag sich zu alt fühlen für Veränderung, manch eine Frau um die Errungenschaft betrogen, wenigstens auf dem Papier die gleichen Chancen in der Arbeitswelt zu haben: eben nicht nur Hausfrau, sondern auch Lehrer, Arzt oder Schreiner sein zu können.

Im Spiegel-Interview sagte Kathrin Kunkel-Razum vom Rat der deutschen Rechtschreibung: „Wenn Dinge, die einem so selbstverständlich sind, ins Wanken geraten, ruft das eine fundamentale Verunsicherung hervor. Es geht auch darum, Macht abzugeben.“ Ist es also Zufall, dass die jetzt so Wütenden versuchen, Argumente zu untergraben und dabei bevorzugt Frauen, nichtbinäre oder trans Personen angreifen?

Um den Beton im geschlechtlichen Machterhalt auch in der Sprache zu verfestigen, kramen sie äußerst engagiert im misogynen Defensiv-Repertoire. Und nein, das ist kein Zufall: Es kostet jene, die sich für eine gerechtere Sprache einsetzen, mindestens Kraft und Nerven.

Die 65-jährige ZDF-Moderatorin Petra Gerster bekam viele Briefe, nachdem sie in der „heute“-Sendung Ende vergangenen Jahres gendersensibel moderiert hatte. „Um das Thema tobt ein ideologischer Kampf, der vornehmlich von – wie ich vermute – älteren Männern geführt wird. Manchmal geradezu hasserfüllt“, sagte Gerster im Interview mit der taz. Hass ist eine schlechte Nachricht. Denn schlimmer als die Verunsicherten sind die Stimmen jener Fraktionen, die sich völkischer, nationalistischer und sexistischer Argumente bedienen – und sich dabei an eine „natürliche“ Ordnung klammern.

Manch Hobby-Linguist:in argumentiert, es gebe eine Trennung zwischen Genus und Sexus, grammatikalischem und biologischem Geschlecht. „Der Baum“, „die Katze“ – das seien schließlich keine geschlechtszuweisenden Kategorien. Doch hier liegt schon der erste Denkfehler. „Es ist für alle Menschen existenziell wichtig, von anderen Menschen wahrgenommen, beachtet und in ihrer Identität bestätigt zu werden“, wusste schon Luise Pusch, eine Begründerin der feministischen Linguistik, Ende der 70er-Jahre. Das unterscheidet Menschen von Dingen, Pflanzen und Tieren.

Das sieht selbst ein bekannter Verfechter des generischen Maskulinums ein. Peter Eisenberg gesteht Genus und Sexus eine Verbindung zu, doch es klingt bei ihm vorrangig nach zärtlicher Verbundenheit mit dem allgemeinen Männlichen, wenn er im Interview mit der Berliner Zeitung feststellt: „Das generische Maskulinum ist etwas ganz Besonderes.“

Laut Eisenberg hat das generische Maskulinum die „Möglichkeit einer sexusunabhängigen Verwendung“. Das Femininum sei markiert, das Maskuline hingegen könne beides: Geschlechtsspezifisches und -unabhängiges ausdrücken. Solange es keinem Femininum gegenübersteht, ist das Maskuline die Norm. Die Frau ist Frau, der Mann aber ist Mensch. Adam und seine Rippe lassen schön grüßen.

Mitgemeint ist nicht gleich mitgedacht

Gegen das Argument des Mitmeinens spricht etwa das Schweizer Wahlrecht. Dass die Schweizerinnen erst ab 1971 wählen durften, hatte das dortige Bundesgericht lange mit dem Verfassungstext begründet: Schließlich war dort allein von „Schweizern“ die Rede. Da frage ich mich: Wenn das höchste Gericht der Schweiz der Inklusivität des generischen Maskulinums widerspricht – weshalb sich dann gegen diese Einschätzung so erbittert wehren?

Studien belegen seit Jahrzehnten, wie geschlechtlich kodierte Sprache das Vorstellungsvermögen beeinflusst. Die Sozialpsychologin Sabine Sczesny untersuchte Testpersonen daraufhin, wie sie auf die zwei Formulierungen: „Nennen Sie Ihren Lieblingshelden“, oder: „Nennen Sie Ihre Lieblingsheldin oder Ihren Lieblingshelden“, reagieren würden. Die erste Gruppe dachte an Superman und Co., die zweite nannte häufiger auch Heldinnen. Sprich: Formulierungen haben Konsequenzen.

Die Sprachhistorikerin Damaris Nübling zeigt: „Unmännliche“ Männer bekommen weibliche Pronomen, werden zur „Memme“; „unweiblichen“ Frauen dagegen hängt man etwa den „Vamp“ an. In beiden Fällen wird das traditionelle Rollenverständnis umgekehrt – der Mann als aktiver, rationaler, harter Mensch, die Frau als Passive, Verfügbare und Zärtliche. Haben wir das nicht längst überwunden? Schön wär's. Auch wenn soziale Rollen heute viel differenzierter sein mögen, stecken die alten Muster dennoch fest in uns. Sie prägen unsere Identitäten.

Die letzten Tage der Binarität

„Bringt man Menschen zum Beispiel neue Farbwörter bei, verändert dies ihre Fähigkeit, Farben zu unterscheiden. Lehrt man sie, auf eine neue Weise über Zeit zu sprechen, so beginnen sie, anders darüber zu denken“, schreibt die Sprachwissenschaftlerin Lera Boroditsky. Sprache bestimmt die Erfahrungen, die Menschen in ihrem Leben machen. Nicht nur im Verständnis von Zeit und Raum, wie die Psycholinguistik belegt, sondern auch in ihrer geschlechtlichen Sozialisierung, im Aufwachsen.

Im Mann-Frau-Schema bedeutet das fürs Weibliche nicht nur die Reduktion auf die eben beschriebenen Attribute. Die Philosophin Judith Butler beschrieb auch die „Geschlechtlichkeit“ als solche als gesellschaftlich zugeordnete Charakterisierung der Frauenrolle in der spätkapitalistischen Vorstellung: die Mutter, die Braut, die Prostituierte. Wie aktuell diese Vorstellung (leider) noch immer ist, demonstriert Nele Pollatschek, die die Bezeichnung „Schriftstellerin“ für sich ablehnt. Das für sich mag ihr freier Wunsch sein, bitte – doch die Begründung lautet: Eine feminine grammatikalische Bezeichnung reduziere sie auf ihre „Vagina“. Die enge Verbindung, die sie damit zwischen Femininem und Sexualisiertem zieht, finde ich erschütternd. Wenn als Frau markiert zu sein bedeutet, mit einem primären Geschlechtsorgan gleichgesetzt zu werden, spricht das dann nicht für eine dringende Befreiung von dieser Assoziation? Letztere hat sich ja gerade unter der Dominanz des männlichen Genus gefestigt.

Auf Butler geht auch die Idee zurück, dass Geschlecht an sich ein Konstrukt ist, das unter anderem auf „Sprechakten“ fußt. Deshalb kann Sprache ein Mittel sein, um Differenzen zwischen den Geschlechtern aufzuheben, wobei es im Fall von Gendersensibilität zunächst nur eine Anpassung sein kann. Solange wir in einer Gesellschaft leben, die eben (noch) keine Gleichberechtigung der Geschlechter zulässt, müssen wir diese in der Differenz ihrer Erfahrungen beschreiben.

Anders sieht es der Journalist Jürgen Kaube, der in der FAZ kommentiert: „Wie sollte sich denn auch, außer mittels Sprachmagie, durch ein Sternchen inmitten eines Wortes die Situation von Menschen verbessern, die weder männlich noch weiblich sind? Zu befürchten ist ihre Erfahrung, dass das ganze rituelle Mitgemeintsein ihnen nichts hilft.“ So spielt er soziale und sprachliche Differenz geradezu gegeneinander aus.

Kaubes Vorstoß ist unschwer als Ablenkungsmanöver zu erkennen. Oder haben Befürworter*innen gendersensibler Sprache etwa je behauptet, das Sternchen zu setzen sei wichtiger, als die Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ*, den Gender Pay Gap, alltäglichen Sexismus oder die hohe Depressions- und Suizidrate von trans und nichtbinären Personen zu bekämpfen? Mir sind keine bekannt.

Wir können davon ausgehen, dass Sprache und Realität sich gegenseitig beeinflussen. Journalistische Aufgabe ist es, Realitäten präzise und sensibel abzubilden. Sprache ist das Werkzeug, das die Welt in Raster sortiert: Sie formt und spiegelt zugleich.

Ganz konkret heißt es im (nicht gendersensibel formulierten) Presskodex unter Ziffer 12: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ Der Journalistinnenbund leitet daraus die Pflicht ab, „die gesamte

Gesellschaft [...] geschlechtergerecht abzubilden“. Das (anfänglich) Komplexe für die Allgemeinheit übersetzen, sensible Sprache normalisieren: Wo könnte das stattfinden, wenn nicht in der Presse?

Immerhin: Wir schreiben das Jahr 2021, und es gibt ja, wie gesagt, auch gute Nachrichten. An vielen Universitäten ist gendersensible Sprache längst Teil einer diskriminierungskritischen Hochschulkultur und Bestandteil der Vermittlung wissenschaftlichen Arbeitens. Schon 2013 führte die Uni Leipzig das generische Femininum etwa in der Grundordnung ein. Und ja, es blieb gestattet, Einzelpersonen mit „Herr Professor“ anzusprechen.

Universitäten wird dennoch gerne unterstellt, mit gendergerechterem Schreiben die elitäre Agenda einer Minderheit durchzusetzen. Ich gebe zu: Judith Butlers Theorien sind keine Gutenachtlektüre. Doch queere Menschen wurden nicht an der Uni erfunden. Sie gingen mit ihren Körpern und für ihre Rechte auf die Straße (etwa 1969 bei den Stonewall-Protesten in New York und seither beim Christopher Street Day) und müssen sich bis heute gegen die Reduzierung auf ihr Geschlecht und die damit begründeten Angriffe wehren. Ja, gendersensible Sprache zu akademisieren birgt auch die Gefahr, dass sie ihren Bezugspunkt verliert. Doch die Suche nach einer gendergerechteren Sprache steht emanzipatorischen Kämpfen nicht im Weg. Sie ist ein Mittel.

Im Weg steht auch nicht die vermeintliche intellektuelle Unfähigkeit jener, die keine Unilaufbahn hinter sich haben. Warum sollte es denn keine queeren Arbeiter:innen geben? Warum sollten sie kein Interesse daran haben, abgebildet zu sein? Ein Blick auf die Berufsrealität queerer Personen zeigt, welche Konsequenzen Tabuisierung und Unsichtbarkeit haben. Strukturelle Diskriminierung beginnt in der Schulzeit, wo Mobbing und Gewalt trans und intergeschlechtliche Kinder besonders hart treffen. Die Folge: häufige Krankenhausaufenthalte, verpasster Unterricht, Lücken im Lebenslauf.

Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes spiegeln sich die Effekte der Unsichtbarmachung in den eingeschränkten Zugängen „diversgeschlechtlicher“ Menschen zum Arbeitsmarkt: Sie sind überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor tätig. Etwa die Hälfte erfährt Diskriminierung bei der Jobsuche und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Beförderungen sind seltener. Etwa ein Drittel kann sich im Job nicht outen, oft raten Ärzt:innen ihnen zur Geheimhaltung der geschlechtlichen Identität. Zur eigenen Sicherheit verstecken? Unter trans Personen liegt die Arbeitslosenquote aufgrund der Benachteiligung bei knapp über 50 Prozent. Wie viele Beweise braucht es denn? Wer spricht hier ernsthaft von Befindlichkeiten?

„Das Empörungspotenzial von Gender-Sternchen, Binnen-I oder Gender-Gap [...] erreichen sonst nur Forderungen nach Tempolimits auf der Autobahn oder vegetarischen Tagen in Kantinen“, schrieb Juliane Schader (damals Wiedemeier) im Medienmagazin *journalist*. Doch was haben Forderungen nach weniger Diskriminierung von weiblichen, non-binären, inter oder trans Personen mit Tempolimit oder Fleischverzicht zu tun?

Das schnelle Auto, das blutige Steak, das generische Maskulinum – all das sind Symbole klassisch-männlichen Potenzgebarens. Hüte sich, wer da Veränderung verlangt. Kaum fordert eine*r mehr sprachliche Inklusion, heißt es: Vorsicht vor dem „Gender-Sprech“ (Bild), dem „Gender-Unfug“ (Welt), bis hin zu Achtung vor dem „Gender-Gaga“ oder gar „Gender-Wahn“ (AfD). Nicht nur die Forderung, sondern auch gleich die geistige Gesundheit der Fordernden wird diskreditiert. So konstruiert man(n) Gefahr.

Konkreter werden, abseits der AfD, nur noch die Herren des rechtsoffenen Vereins Deutscher Sprache (VDS), der nicht nur von „Genderterroristen“, sondern auch gern von der „linksgestrickten Lügenpresse“ spricht. Vereinsvorsitzender ist der Statistiker Walter Krämer, der sich vor seinem Engagement beim VDS mit Publikationen wie „So lügt man mit Statistik“ hervortat. So überrascht auch die Aussage seines Kollegen Holger Klatte nicht, wenn ihn etwa Bild zitiert: „Die normale deutsche Sprache ist nicht diskriminierend!“ Normal ist also, was ein Klatte oder Krämer ist?

Das ist die Krux: Der heterosexuelle (cis) Mann ist es gewohnt, als „normal“ zu gelten. Das ist sein zugeteiltes Privileg. Fällt der Perspektivwechsel deshalb so schwer? Wir sollten gut überlegen: Wie definieren wir „normal“? Was nützt die Norm – und wem? Wer inszeniert sich hier als Autorität?

Die Welt am Sonntag teaserte einen Bericht zu einer eigens in Auftrag gegebenen Umfrage zum Stimmungsbild in Sachen gendergerechterer Sprache online so an: „Die Mehrheit der Deutschen hält nichts von Binnen-I und Gendersternchen, mit denen politische Aktivisten ihre Mitbürger erziehen wollen. Kritiker sprechen von ‚Gender-Unfug‘“.

Das als Einleitung zu einer Umfrage, in der fast die Hälfte der unter 40-Jährigen angab, eine gendergerechtere Sprache zu befürworten. Anstatt das zu erwähnen, titelten die Verantwortlichen: „Über die Hälfte der Frauen ist gegen Gendersprache“. Doch Umfragen sind trügerisch, liebe Welt (am Sonntag). Das zeigen die Ergebnisse einer Studie des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache: Die Zustimmung zu gendersensibler Ansprache steigt deutlich, wenn nicht nach der Meinung „zum Gendern“ gefragt, sondern eine Auswahl an Formulierungen vorgeschlagen wird. Dort lag die Zustimmung bei fast 80 Prozent.

Doch Argumente scheuen manche bewusst. Welche Kräfte die Anti-Gender-Rhetorik anheizen, zeigt Henning Lobin, der Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache, in seinem Buch „Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert“. Lobin schreibt: Es sind neurechte Medien wie die Junge Freiheit, aber auch Tageszeitungen wie die FAZ, die besonders ideologisch auftreten und den Gegenfraktionen gendergerechterer Sprache nicht nur eine Bühne bieten, sondern ihr mit redaktionellen Begleittexten sogar den roten Teppich ausrollen.

Daher braucht es nicht mal das Fischen im rechtsextremen Sumpf, um antifeministische Narrative zum Erhalt der Sprachtradition zu finden. Auch Gegnerinnen und Gegner (vielleicht sogar manche Gegner:innen) aus der sogenannten gesellschaftlichen Mitte scheuen keinen Anlass zu Polemik. So wie Friedrich Merz (CDU), als er unlängst twitterte: „Wer gibt diesen Genderleuten eigentlich das Recht, einseitig unsere Sprache zu verändern?“

Merz' Angriff zielt bewusst: Mit der Formulierung „diese Genderleute“ delegitimiert er nicht nur die Betroffenen, sondern entscheidet auch, dass es hier um eine Sprache geht, die er mit „unsere“ abgrenzt. Hier ein „wir“, dort ein „ihr“ – das klingt wie ein Beispiel aus dem sozialwissenschaftlichen Lehrbuch. Und obendrein auch ein Exempel von in Arroganz verpackter männlicher Kränkung. Was soll sie denn nun sein, „unsere“ Sprache? Mit wem sprechen Sie, Herr Merz?

Was nötig ist

Die Scheindebatte macht mich wütend. Das Traurige: Genau das ist ihr Zweck. Die Empörung aus der Defensive des „Normalen“ heraus soll ablenken, nichts weiter. Dabei ist brauchbare Kritik natürlich unentbehrlich. Was heißt es, in Überschriften, in der Geschichtsschreibung, auch in der Lyrik gendersensibel zu formulieren? Wie umgehen mit Berichten der Shoa, wenn jüdische Personen das nicht wollen, weil sie befürchten, die Nazi-Verbrechen würden dadurch verharmlost? Wie umgehen mit Literatur? Können wir Vielfalt im Sinne der Abgebildeten ausdrücken? Wann spielt das Geschlecht überhaupt eine Rolle – und wann nicht?

Einige Antworten sind leichter, manche schwieriger zu finden. Für die eine oder andere braucht es wohl noch Zeit. Fehler machen ist okay – ein einziges „richtig“ gibt es nicht. Jede Variante gendersensibler Sprache, die heute noch als die richtige gilt, könnte morgen bereits die falsche sein. Und ja, Unwissenheit schützt, jedenfalls für eine Weile. Wir sollten der Irritation dankbar sein. Sie schafft Bewusstsein.

Ästhetik im Text ist wandelbar – und sie ist bei weitem nicht unsere größte Sorge. Viel dringender ist es, jene zu schützen, die ständig mit Angriffen auf ihre Existenzen leben müssen, den physischen, den sozialen und den verbalen – auf der Straße, im Büro, auf Twitter. Die Abbildung von Varianz ist wesentlich dafür. Und im Journalismus so unumgänglich wie die richtigen Pronomen und Selbstbezeichnungen, nicht nur bei Personen, über die wir berichten, mit denen wir sprechen und die wir adressieren. Fragen hilft.

Ein bisschen Unschärfe wird in diesem Prozess wohl unvermeidlich bleiben. Aber eins ist sicher: Die Macht des Männlichen reicht nicht mehr länger aus, um „die Allgemeinheit“ zu besetzen.

Und das ist dann doch eine ganz gute Nachricht.

(Quellenangabe: Berliner Zeitung vom 22.05.2021, Seite 12)